

Der djb gratuliert



▲ Foto: © Bundesverwaltungsgericht

Marion Eckertz-Höfer

zum 75. Geburtstag. Geboren 1948 in Oldenburg, begann sie ihre Karriere als Straf- und Zivilrichterin, nachdem sie 1974 ihr erstes juristisches Staatsexamen in Tübingen und 1977 ihr zweites juristisches Staatsexamen in Stuttgart abgelegt hatte. 1977 wurde sie Strafrichterin in Heidelberg. 1978 Staatsanwältin in Mannheim und 1979 Richterin für erstinstanzliche Zivilstreitigkeiten am Landgericht Mannheim. Nach viereinhalbjähriger Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (bei den Bundesverfassungsrichtern Dr. Dr. h.c. Helmut Simon und Prof. Dr. Thomas Dieterich) erfolgte 1988 der Wechsel nach Schleswig-Holstein, wo sie Amtschefin des neu gegründeten Frauenministeriums wurde (Ministerialdirigentin). 1991–1993 vertrat sie Schleswig-Holstein als Berichterstatterin der A-Länder für die Ergänzung von Art. 3 Abs. 2 GG in der Verfassungskommission des Bundesrates. 1993 erfolgte ihre Wahl zur Richterin am Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Hier war sie dem sechsten Senat zugeordnet und 1995–2002 auch Gleichstellungsbeauftragte des Gerichts. 2001 wurde sie zur Vorsitzenden Richterin ernannt und leitete seitdem den für Asyl- und Ausländerrecht zuständigen ersten Senat. Unmittelbar nachdem das Gericht 2002 seinen Sitz nach Leipzig verlegt hatte, erfolgte ihre Ernennung zur Vizepräsidentin. Dem folgte 2007 die Ernennung zur Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts – was sie bis zu ihrem Ruhestand 2014 blieb. Erstmals war damit eine Frau an die Spitze dieses Gerichtes gerückt. 2017 wurde sie in die „Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz“ (die sogenannte Limbach-Kommission) berufen. Daneben ist sie derzeit Vorsitzende des Vorstands der gemeinnützigen „Leipzigtiftung – Bürgerschaftliche Tradition seit 1799“.

Marion Eckertz-Höfer ist seit 1999 djb-Mitglied und war 2015–2019 Vorsitzende der Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung.

Dr. Christine Fuchsloch



▲ Foto: © Bundessozialgericht

zur Berufung als Präsidentin des Bundessozialgerichts mit Wirkung zum 1. März 2024. Damit ist sie die erste Frau an der Spitze dieses Bundesgerichts.

Dr. Christine Fuchsloch wurde 1964 in Frankfurt am Main geboren. Sie studierte Rechtswissenschaft in Frankfurt am Main und an der Universität Hamburg. Dort wurde sie 1994 mit einer Dissertation

zum Verbot der mittelbaren Geschlechterdiskriminierung am Beispiel der staatlichen Berufsausbildungsförderung promoviert. Nach dem Referendariat war Dr. Christine Fuchsloch zunächst Rechtsanwältin, Sozialrichterin in Hamburg und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht, wo sie sich im ersten Senat bei Bundesverfassungsrichterin Dr. Renate Jaeger hauptsächlich mit dem Recht der freien Berufe (vor allem im Bereich des Kassenarztrechts) befasste. Nach einem Wechsel an das Sozialgericht in Berlin und später an das Landessozialgericht Berlin-Brandenburg war sie 2008–2019 Richterin des Landesverfassungsgerichts Brandenburg. 2010 wurde sie als erste Frau zur Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landessozialgerichts in Schleswig gewählt. 2021 wurde sie zur Vizepräsidentin des Landesverfassungsgerichts Schleswig-Holstein berufen. Sie hat zu verschiedenen sozialrechtlichen Fragen veröffentlicht, oft mit einem frauenspezifischen Bezug. Dr. Christine Fuchsloch hat drei Kinder und zwei Enkelkinder, sie pflegt ihre Hobbys wie Gartenarbeit und Kochen.

Dem djb trat sie bereits 1985 bei, noch während ihres Studiums. Sie war ehrenamtlich aktiv in zahlreichen Kommissionen: bis 1999 in der Kommission Gleichstellung, 1999–2001 in der Kommission Familienlastenausgleich, 2001–2005 als deren Vorsitzende und damit auch Mitglied des Bundesvorstands sowie in den Amtszeiten 2005–2013 und 2015–2019 Mitglied der Kommission Recht der sozialen Sicherung. Beim 43. djb-Kongress 2019 hielt sie den Festvortrag mit dem Titel: „CrowdworkerInnen, Fake News, Autonome Autos – ist unser Recht noch up to date?“.

Prof. Dr. Sibylle Raasch



▲ Foto: privat

zum 75. Geburtstag. Prof. Dr. Sibylle Raasch, geboren 1949, studierte 1968–1973 Rechtswissenschaft und Soziologie an der Universität Hamburg. 1972 absolvierte sie ihr erstes Staatsexamen. Ihr Referendariat absolvierte sie 1973–1975 am Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg. 1973 nahm sie ihre Karriere als wissenschaftliche Angestellte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) in Hamburg auf. 1991 erhielt sie einen Lehr- und Forschungsaufenthalt an der La Trobe University, Melbourne, Australien, zu Fragen der australischen Antidiskriminierungsgesetzgebung. Außerdem promovierte sie in diesem Jahr am Fachbereich Rechtswissenschaft II der Universität Hamburg zum Thema: „Die Zulässigkeit von Frauenquoten“. 1993–1995 war sie für zwei Jahre an das Bundesverfassungsgericht beurlaubt. 1994 wurde sie zur Hochschuldozentin ernannt und 1995 zur Professorin an der HWP. Während ihrer dortigen Lehrtätigkeit war sie Sprecherin des Studienschwerpunktes Geschlechterverhältnisse/Frauenforschung

und des hochschulübergreifend arbeitenden Forschungsfeldes Gleichstellungspolitik. Außerdem stand 2002–2006 der hochschulübergreifende Masterstudiengang „Gender und Arbeit“ in ihrer Verantwortung.

Bis zum Eintritt in den Ruhestand 2014 war sie 2007–2010 Mitglied als Expertin im Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und hatte 2019 eine Marianne Beth-Gastprofessur für Legal Gender Studies an der Juristischen Fakultät der Universität Wien, Österreich.

Prof. Dr. Sibylle Raasch ist seit 1997 djb-Mitglied und war 2001–2013 Mitglied der Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht im djb. 2005–2009 war sie außerdem Vorsitzende der Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht und damit Mitglied im Bundesvorstand des djb.

Claudia Zimmermann-Schwartz



▲ Foto: privat

zum 70. Geburtstag. Geboren 1953, studierte sie 1972–1979 Rechtswissenschaft in Bonn. Ihr Referendariat absolvierte sie 1979–1982 in Köln. In der damaligen Bundeshauptstadt Bonn nahm sie ihre ministerielle Laufbahn zunächst im Bundesministerium der Justiz sowie im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung auf. 1986–1989 war Claudia Zimmermann-Schwartz bei der Parlamentarischen Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann in Nordrhein-Westfalen tätig, dabei standen unter anderem die Verabschiedung einer Quotenregelung für den Öffentlichen Dienst sowie der Umgang von Polizei und Justiz mit Opfern sexualisierter Gewalt in ihrer Verantwortung. Danach arbeitete sie zehn Jahre in der Landesvertretung NRW, war anfangs zuständig für Innenpolitik, sodann für die politische Koordinierung sowohl innerhalb der Landesregierung als auch zwischen den A-Ländern für den Bundesrat. Bis zum Eintritt in den Ruhestand im Juni 2017 war sie 18 Jahre lang Abteilungsleiterin in dem für Gleichstellung von Frau und Mann zuständigen Ministerium, zuletzt Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes

NRW. Seit 2001 ist sie djb-Mitglied und war zwei Wahlperioden (2017–2019 und 2019–2021) djb-Vizepräsidentin. Gleichzeitig war sie Leiterin des Arbeitsstabs Digitales. 2021–2023 war sie Mitglied der Leitbildkommission.

Brigitte Zypries



▲ Foto: privat

zum 70. Geburtstag. Brigitte Zypries, geboren 1953 in Kassel, studierte Rechtswissenschaft in Gießen. Nach dem zweiten juristischen Staatsexamen 1980 arbeitete sie zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Gießen und wechselte 1984 als Referentin in der Rechtsabteilung an die hessische Staatskanzlei. 1988–1990 wurde sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin zum ersten Senat an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe abgeordnet. 1991 wechselte sie in die niedersächsische Staatskanzlei, zunächst als Referatsleiterin für Verfassungsrecht, vier Jahre später wurde sie Abteilungsleiterin. 1997 wurde sie Staatssekretärin im niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales. 1998 wechselte sie nach Berlin als beamtete Staatssekretärin im Bundesinnenministerium. 2002–2009 war sie Bundesministerin der Justiz und 2005–2017 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2013–2017 war sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium und ab 2014 Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt. 2015 wurde sie zur Präsidentin der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung (DIJV) e.V. gewählt. Die DIJV wurde 1989 in Jerusalem gegründet; ihr gehören derzeit etwa 500 Mitglieder an. Der regelmäßige Meinungs- und Erfahrungsaustausch in Deutschland und Israel ist Kernpunkt der Aktivitäten. Zentral sind dabei die Tagungen für deutsche und israelische Juristen, die abwechselnd in Deutschland und Israel stattfinden. 2017–2018 war Brigitte Zypries Bundesministerin für Wirtschaft und Energie. Seit 1989 ist sie djb-Mitglied und war insbesondere in ihrer Funktion als Bundesjustizministerin bei den djb-Bundeskongressen als Grußwortrednerin zu Gast.

djb connect – unser Mentoring-Programm für djb-Mitglieder

Seit 2020 haben ca. 1400 Personen an djb connect teilgenommen. Werden auch Sie Teil des Programms und unterstützen Sie ein djb-Mitglied auf ihrem Ausbildungs- oder Berufsweg!

Im Sommer 2024 wird die Anmeldung für den Durchgang 2024/25 geöffnet. Das erfahren Sie wie immer über unsere djb-Verteiler. Informationen zum Mentoring-Programm erhalten Sie auch auf unserer Homepage in der Rubrik „Junge Juristinnen“. Fragen beantworten Ihnen gerne die Beisitzerinnen Farnaz Nasiriamini und Annalena Mayr unter beisitzerinnen@djb.de.